

Der verkannte Titan

Die Vereinigten Staaten sind wirtschaftlich im Kern gesund

von Olaf Gersemann

„Amerikanische Verhältnisse“ gelten hierzulande als Synonym für eine Wirtschaftsform, die wir dezidiert nicht wollen: krasse Kluft zwischen Arm und Reich, Hire-and-Fire-Arbeitsmarkt, „McJobs“ für die „Working Poor“ – und auch noch massive Staatsschulden. Ein genauerer Blick auf diese Verhältnisse zeigt allerdings, dass eher Klischees als Fakten das negative Bild der Europäer von Amerikas Wirtschaft bestimmen.

Amerika, der Titan, der schwankt? Viele Schlagzeilen in den Zeitungen beiderseits des Atlantiks machen es glauben. Und zur Mitte dieser Dekade wirken die USA in der Tat wie ein Land, das sich überdehnt hat, weil es sich mehr zugetraut hatte, als es zu leisten in der Lage ist – und das nun davor steht, den Preis dafür zu bezahlen.

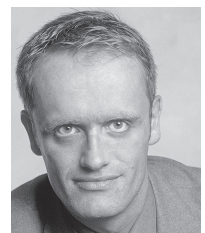
In militärischer Hinsicht ist dies am offenkundigsten. Einen Zweifrontenkrieg sollte Amerika einst führen können, so wollte es die gängige Militärdoktrin. Davon ist aktuell keine Rede mehr. Schon ihre aktuelle Truppenpräsenz im Irak mit 150 000 Soldaten können die Amerikaner Experten zufolge nicht mehr lange durchhalten; dass Amerika derzeit in der Lage wäre, einen zweiten militärischen Großeinsatz zu bewältigen, ist ausgeschlossen.

Und die wirtschaftliche Potenz? Sie immerhin ist die Basis, auf der die politische und militärische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten beruht. Auch sie wird oft in Zweifel gezogen – in Amerika selbst, aber noch mehr und geradezu leidenschaftlich in Deutschland und vielen anderen Ländern Europas. Hurrikan Katrina schien zu bestätigen, was viele denken: Mit dem amerikanischen Wirtschaftsmodell ist es nicht weit her, unter anderem, weil es die Menschen inhumanen Härten aussetzt – dann schon lieber beim rheinischen Kapitalismus bleiben, bei all seinen evidenten Mängeln.

Schon vor Katrina war die US-Wirtschaft eher Schreckgespenst denn Leuchtturm in Deutschland. „Amerikanische Verhältnisse“ ist in der hiesigen wirtschaftspolitischen Diskussion längst ein Kampfbegriff, den Politiker jedweder Couleur einsetzen, von Gerhard Schröder bis Edmund Stoiber. Von Guido Westerwelle etwa stammt der Satz: „Ich bin weit davon entfernt, die so genannten amerikanischen Verhältnisse nach Deutschland zu holen, gerade weil ich sie sehr genau kenne.“

Natürlich steht Amerika auch wirtschaftspolitisch vor großen Herausforderungen. Und richtig ist ebenfalls, dass die Performance der US-Wirtschaft auf mittlere Sicht vermutlich enttäuschen wird, zumindest, wenn man Amerikas „Goldene Neunziger“ als Maßstab anlegt. Dennoch sieht die Wirklichkeit ganz anders aus, als es die Äußerungen deutscher Politiker nahe legen.

Einen ersten Hinweis darauf liefert die Grafik 1. Hier sind die Pro-Kopf-Einkommen aller Industrieländer abgebildet, die mehr als zehn Millionen Einwohner haben. Man sieht: In acht der 15 Länder liegen die Pro-Kopf-Einkommen auffällig eng beieinander; das Einkommensniveau in diesen Ländern reichte im Jahr 2005 von 29 020 Dollar (Frankreich) bis 31 410 Dollar (Japan); mit 30 150 Dollar ist Deutschland mittendrin. Mehr oder minder



OLAV GERSEMANN, geb. 1968, ist Teamleiter Ausland der *Financial Times Deutschland*. Zuvor war der Volkswirt sechs Jahre Korrespondent in Washington. 2003 erschien sein Buch „Amerikanische Verhältnisse. Die falsche Angst der Deutschen vor dem Cowboy-Kapitalismus“. 2001 wurde er mit dem Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet.

Amerika – der müde Titan?

deutlich hinter dieser Gruppe stehen fünf Länder, die noch Aufholbedarf haben. Demgegenüber befinden sich die USA, was den materiellen Wohlstand angeht, mittlerweile in einer Gruppe für sich. Nur Kanada kann halbwegs mithalten – ein Land, das dank kluger Reformpolitik, aber auch dank der engen Verflechtung mit den USA in den vergangenen zehn Jahren spektakulär erfolgreich war; in den USA lag das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2005 bei 41 570 Dollar, in Kanada bei 34 550 Dollar.

Die Grafik zeigt ferner: Das deutsche Selbstbewusstsein, zu den reichsten Ländern der Welt zu gehören, wird nicht mehr von der Realität gedeckt. Wirtschaftlich spielt Deutschland vielmehr in einer Liga mit Ländern, die als sehr viel ärmer empfunden werden. Spanien beispielsweise liegt beim Pro-Kopf-Einkommen sehr viel näher an Deutschland als Deutschland an den USA. Selbst der Abstand zwischen Portugiesen und Deutschen ist geringer als der zwischen Deutschen und Amerikanern.

Und die Kluft wird erstaunlicherweise größer. Erstaunlicherweise, denn die ökonomische Logik lässt eigentlich Konvergenz erwarten, also die asymptotische Annäherung der Pro-Kopf-Einkommen an das Land mit dem höchsten

Beim Pro-Kopf-Einkommen liegen die USA inzwischen weit vor Deutschland. Und die Kluft wird größer.

Einkommen. Hohes Wachstum kann nämlich am einfachsten dort generiert werden, wo das Ausgangsniveau gering ist. Deshalb vermag ein Bauer, der die eigene Muskelkraft durch einen Ochsen ersetzt, mit demselben finanziellen Aufwand ein prozentual viel höheres Ertragswachstum zu erzielen als ein reicherer Bauer, der

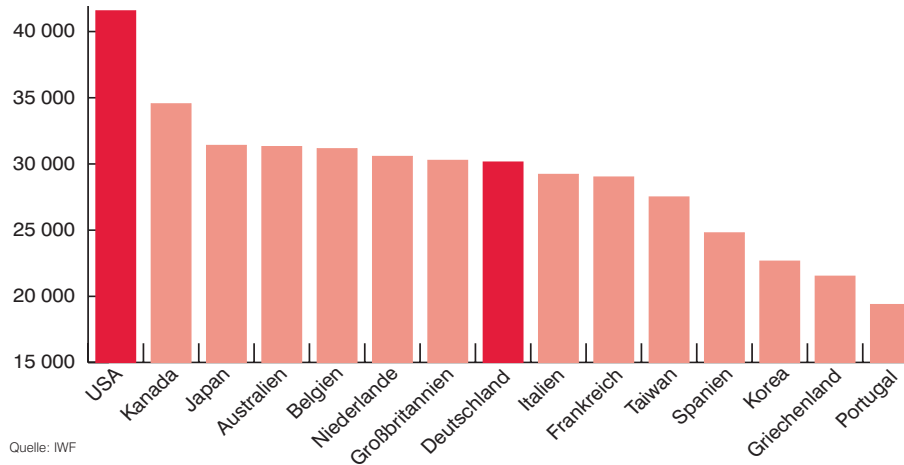
bereits einen ganz Park von Mähreschern und Treckern besitzt. Und deshalb können Länder wie China oder Irland über Jahre hinweg ein Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von acht, neun Prozent erreichen, während ein Land wie Deutschland zwei Prozent Zuwachs im Jahr schon als Boom wahrnimmt. Sofern Problemfaktoren wie Korruption oder politische Instabilität dem nicht entgegenwirken, es ist daher der Normalfall, dass sich ärmere Länder reicheren annähern – und es ist außergewöhnlich, wenn der Spitzenreiter seinen Vorsprung noch ausbauen kann.

In den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren gab es erwartbare Konvergenz: Das von zwei Weltkriegen geschundene (West-)Europa baute seinen Rückstand gegenüber Amerika langsam, aber stetig ab. 1950 erreichte Europa nur rund die Hälfte des amerikanischen Einkommensniveaus. Wie Grafik 2 zeigt, hatte etwa Italien den Rückstand bis 1980 auf 22 Prozent verringert, Deutschland und Frankreich waren gar bis auf 18 Prozent herangekommen.

Danach aber brach der Konvergenzprozess ab. Mehr oder minder stetig fällt Europa seit nunmehr einem Vierteljahrhundert hinter Amerika zurück. Die USA generieren seither nachhaltig höhere Wachstumsraten als die großen Länder Kontinentaleuropas: In den vergangenen 25 Jahren lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den USA um 55 Prozent über dem deutschen Niveau und um 39 Prozent über dem Niveau der gesamten EU. Die Folge: Im Jahr 2005 betrug der Abstand zum amerikanischen Pro-Kopf-Einkommen in Frankreich und Italien jeweils 30 Prozent; Deutschland lag um 27 Prozent unter US-Niveau.

Nichts in den Statistiken deutet darauf hin, dass dieser wirtschaftliche Graben nicht noch breiter würde. Auch in den vergangenen Jahren hat die amerikanische Wirtschaft erheblich mehr Dynamik an den Tag gelegt als die Wirtschaften fast aller westeuropäischen Länder. Zuletzt, im dritten Quartal 2005,

Jährliches Pro-Kopf-Einkommen, Prognose 2005



ist die Wirtschaft ersten Schätzungen zufolge mit einer Jahresrate von 4,3 Prozent gewachsen – und das, obwohl in dieser Zeit Katrina weite Teile des amerikanischen Südens lahm legte. In den vorangegangenen neun Quartalen war die US-Wirtschaft bereits im Durchschnitt mit einer Jahresrate von 4,1 Prozent gewachsen – die deutsche Wirtschaft hat einen vergleichbaren Boom seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt.

Ähnlich stark ist der Kontrast, wenn der Arbeitsmarkt betrachtet wird: In den achtziger und neunziger Jahren ist der Beschäftigungsstand in den USA um knapp 37 Millionen Jobs gewachsen. Danach brach, im Zuge der Rezession von 2001, die Beschäftigung vorübergehend ein. Doch der folgende Aufschwung sorgte dafür, dass zum Jahresende 2005 annähernd fünf Millionen Jobs mehr vorhanden waren als noch zur Jahrtausendwende. Die Krise wurde also mehr als wettgemacht.

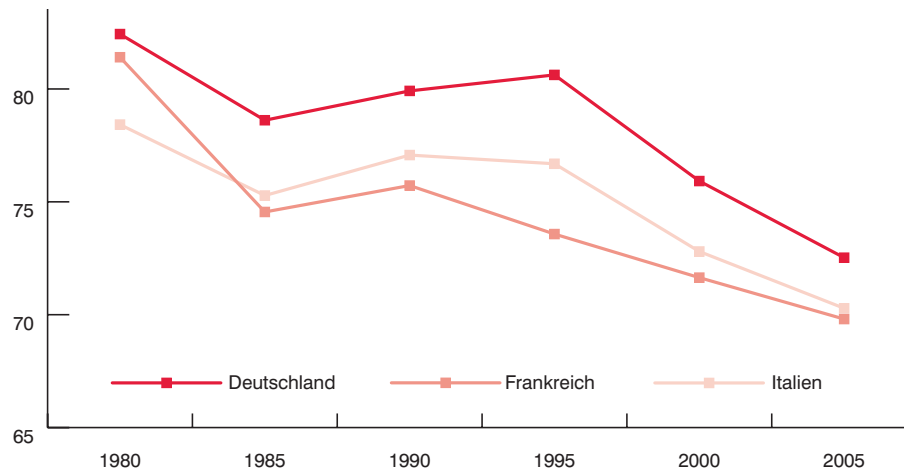
Eine solche Bilanz sollte eigentlich die Europäer veranlassen, voller Bewunderung über die fortgesetzte Dynamik der US-Wirtschaft auf Amerika zu schauen; doch anstatt nach amerikanischen Rezepten zu suchen, die sich auch in Europa erfolgreich anwenden ließen, dominiert Hochnäsigkeit, und es werden lieber Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellt, die Amerikas Erfolg trüben oder ganz entwerten können. Die Probleme, die dabei identifiziert werden, lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Bei der ersten Gruppe wird unterstellt, Amerikas Wirtschaft borge sich ihr Wachstum nur – von der Zukunft oder aus dem Ausland. Langfristig nachhaltig sei dies nicht, das dicke Ende komme also noch, früher oder später, aber letztlich unausweichlich. Behauptungen der zweiten Kategorie wiederum laufen auf folgende Argumentation hinaus: „Ihr Amerikaner mögt mehr Wachstum haben und mehr neue Jobs. Aber wir Deutschen, wir Europäer schaffen mit unseren Wirtschaftssystemen mehr soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.“

Die Das-dicke-Ende-kommt-noch-Theoretiker argumentieren derzeit vor allem mit dem amerikanischen Leistungsbilanzdefizit und den stark gestiegenen Häuserpreisen in den USA. Ein Leistungsbilanzdefizit entsteht, wenn

Seit 25 Jahren fällt Europa mehr oder minder stetig hinter Amerika zurück.

Amerika – der müde Titan?

Der Abstand wächst: Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland, Frankreich und Italien in Prozent des amerikanischen Niveaus



eine Nation mehr Geld ausgibt als sie selbst erwirtschaftet und sich die Differenz aus dem Ausland leiht. Ein solches Defizit kann auf Dauer keinen Bestand haben, früher oder später muss der Schuldner das geborgte Geld in Form von Exportüberschüssen zurückzahlen.

Wenn sich also die USA, wie derzeit, ein Defizit in Höhe von sechs Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts leisten, dann heißt dies nicht, dass die Amerikaner weniger erwirtschaften als die Statistiken ausweisen; der große Abstand zwischen den Pro-Kopf-Einkommen in den USA und fast allen anderen großen Industrieländern ist sehr real. Aber das Defizit bedeutet doch, dass die Amerikaner über ihre Verhältnisse leben.

Die Korrektur eines großen Leistungsbilanzdefizits fällt erfahrungsgemäß oft relativ schmerzlos aus – meist ist der Preis am Ende, dass das Wirtschaftswachstum eines Landes über einen Zeitraum von drei bis vier Jahren hinter seinem Potenzial zurückbleibt. Zugespitzt: Als Strafe für sein Leistungsbilanzdefizit droht Amerikas Wirtschaftswachstum ein paar Jahre lang auf das Niveau zurückzufallen, an das sich Deutschland mittlerweile gewöhnen musste.

Natürlich kann die Korrektur eines Leistungsbilanzdefizits aber auch von Wirtschafts- und Finanzkrisen begleitet sein – dann nämlich, wenn die ausländischen Gläubiger abrupt den Geldhahn zudrehen. Dies würde passieren, wenn die Investoren plötzlich an der Fähigkeit des Landes, seine Außenstände zu begleichen, Zweifel bekämen. Denkbar sind im Falle Amerikas zwei Gründe, warum solche Zweifel aufkommen könnten: ein Einbruch auf dem Immobilienmarkt und ein Abflauen des Produktivitätswachstums.

Eine spekulative Blase am Immobilienmarkt wäre in der Tat eine Gefahr für die amerikanische Wirtschaft.

Der Immobilienmarkt ist ein Kandidat, weil die Eigenheimpreise in den USA während der zurückliegenden Dekade um 50 Prozent gestiegen sind. Dieser Anstieg hat im Verein mit den niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt Millionen von amerikanischen Haushalten ermöglicht, ihre Hypothekenbelastung zu senken. So wurde der private Konsum und damit die Konjunktur gestützt. Sollte am Immobilienmarkt eine spekulative Blase entstanden sein, so wäre dies in der Tat

eine erhebliche Gefahr für die amerikanische Wirtschaft: Erfahrungsgemäß schlagen Abstürze am Immobilienmarkt noch stärker auf Realwirtschaften durch als Börsencrashes. Nur fragt sich, ob tatsächlich ein solcher Absturz droht. Dass die Häuserpreise vor allem in vielen US-Küstenstädten exorbitante Höhen erreicht haben, steht außer Frage. Dennoch ist zweifelhaft, dass die Preise sich im landesweiten Durchschnitt allzu weit von den zugrundeliegenden Angebots- und Nachfragekräften entfernt haben. Beispielsweise erreichten die Hypothekenschulden der Haushalte im Jahr 2003 in den USA 78

Prozent der verfügbaren Einkommen, wie eine im November veröffentlichte Untersuchung der Industrieländerorganisation OECD ergab. Im internationalen Vergleich ist dieser Wert eher niedrig: In Deutschland zum Beispiel lag der Vergleichswert bei 83 Prozent, in den Niederlanden bei 157 Prozent und in Dänemark bei 188 Prozent. Eine „bedeutende Überbewertung“ am Immobilienmarkt stellten die Experten in Großbritannien, Irland und Spanien fest – nicht dagegen in den USA. Außerdem sind zwei Drittel der Hypotheken in den USA festverzinslich, die Kreditnehmer sind somit vor steigenden Zinsen geschützt; in vielen anderen Ländern, darunter Deutschland, beträgt dieser Anteil weniger als 30 Prozent. Letztlich erscheint daher ein Crash am amerikanischen Immobilienmarkt nicht ausgeschlossen – aber eben auch nicht wahrscheinlich.

Ähnliches gilt für das hohe Produktivitätswachstum. Produktivität wird üblicherweise gemessen als Arbeitsproduktivität, genauer: als Output je geleisteter Arbeitsstunde. Sie ist damit neben dem gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstand die zweite Determinante für die Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft. Ihr Wachstum ist der entscheidende Faktor bei der Mehrung der menschlichen Wohlfahrt: Denn der Arbeitseinsatz kann nur begrenzt vermehrt werden – der Tag hat nur 24 Stunden, die Arbeitslosigkeit kann nicht unter Null sinken. Unbegrenzt steigern lässt sich allenfalls die Produktivität.

In den ersten fünf Nachkriegsjahrzehnten waren in den Produktivitätsstatistiken der großen Industrienationen ähnliche Entwicklungen zu beobachten: Eine Phase starken Wachstums fand Anfang der siebziger Jahre ein plötzliches Ende. Vielfach wird der damalige Ölpreisschock dafür verantwortlich gemacht; ob er das wirklich war, ist allerdings fraglich, schließlich kehrte das hohe Produktivitätswachstum vergangener Tage auch nicht mehr zurück, als der Ölpreis in den achtzigern wieder sank.

Anders als Deutschland und die anderen großen Länder Kontinentaleuropas jedoch haben die USA inzwischen ein Revival des hohen Produktivitätswachstums erlebt. Über die Gründe herrscht bis heute keine Gewissheit, es scheint jedoch eindeutig, dass der technische Fortschritt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien eine zentrale Rolle spielt. Offenkundig, so die Mehrheitsmeinung unter den Experten, ist die amerikanische Wirtschaft dank ihrer flexiblen Arbeits- und Gütermärkte besser als andere Wirtschaften in der Lage, die Potentiale der neuen Techniken zu nutzen.

Anfangs wurde vermutet, das gestiegene Produktivitätswachstum sei vor allem zyklischer Art – es sei also Folge statt Ursache des Wirtschaftsbooms in den neunziger Jahren. Dies scheint mittlerweile widerlegt. Den Kollaps der High-Tech-Aktien im Jahr 2000, die Rezession von 2001, die im Zuge der Krise vorübergehend schwächelnden Investitionen, die Kriege gegen Afghanistan und den Irak, der hohe Ölpreis: Nichts hat den Aufwärtstrend brechen kön-

Seit 1996 ist die Produktivität in den USA im Schnitt um drei Prozent gewachsen.

Amerika – der müde Titan?

nen. Zwischen 1996 und 2004 ist der Output je gearbeiteter Stunde in den USA um durchschnittlich gut drei Prozent gewachsen; in den zwei Jahrzehnten zuvor hatte der Zuwachs im jährlichen Durchschnitt nur halb so hoch gelegen.

Mehr noch als die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt spricht dieses Faktum für Amerikas ungebrochene Wirtschaftskraft. Und es macht die USA unter den großen Industrienationen einzigartig. In Deutschland etwa ist in

Armut in Amerika – das ist eher eine Dreh- als eine Falltür: rasch hinein, rasch auch wieder heraus.

den makroökonomischen Zahlenreihen noch nichts von der IT-Revolution zu spüren, im Gegenteil: Werden mehrjährige gleitende Jahresdurchschnitte gebildet, so ist eine eindeutige Abwärtsentwicklung beim deutschen Produktivitätswachstum erkennbar. Die Folge: Halten die gegenwärtigen Trends in Deutschland und den USA

an, wird das amerikanische Pro-Kopf-Einkommen in wenig mehr als 20 Jahren doppelt so hoch sein wie das deutsche.

Wenn sich Amerika dennoch nicht als Vorbild durchsetzt, so liegt dies wohl an den vielen Stereotypen, die in Europa über die USA in Umlauf sind. Der Lebensstandard sinke, heißt es beispielsweise, oder sei, wie ein großes deutsches Nachrichtenmagazin schrieb, „größtenteils auf Pump finanziert“. Die Mittelschicht verschwinde oder könne ihren Wohlstand nur sichern, wenn ein Haushalt über zwei Einkommen verfüge. Neue Jobs entstünden zwar, aber das seien Billigjobs – von denen dann zwei oder drei benötigt würden, um eine Familie über die Runden zu bringen.

Manche dieser Vorurteile sind schlicht falsch, andere sind es größtenteils; wieder andere waren einmal richtig, sind es aber nicht mehr. Zum Beispiel sinkt der Lebensstandard in den USA natürlich nicht, die zitierten Statistiken zur Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen zeigen sehr eindeutig das Gegenteil. Ebenfalls kann keine Rede davon sein, dass Amerikas Wohlstand „größtenteils“ schuldenfinanziert ist, wenn das Leistungsbilanzdefizit – immerhin, aber auch nicht mehr als – sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt.

Stimmt, wird der Zweifler vielleicht entgegnen, aber der Durchschnittswert verdeckt, dass die Wohlstandszuwächse den ohnehin Betuchten zugute kommen – während die Mittelschicht um ihren Status kämpfe und in der Unterschicht immer mehr Menschen mit nackter Armut zu kämpfen hätten.

Nur, der Mittelstand verschwindet ganz einfach nicht: Definiert man Mittelstand als jene Haushalte, die in den Preisen von 2002 ein Jahreseinkommen zwischen 35 000 und 100 000 Dollar hatten, dann gehörten 1972 gut 46 Prozent der amerikanischen Familien in diese Schicht. 30 Jahre später war der Anteil quasi unverändert, er lag nämlich bei knapp 45 Prozent.

Armut wiederum ist in Amerika zwar existent und weit verbreitet. Auf individueller Ebene aber ist Armut in Amerika in aller Regel kein dauerhaftes Phänomen: Drei von vier Haushalten, die unter die Armutsschwelle fallen, gelingt es binnen Jahresfrist, sich wieder aus der Armut zu befreien. So erweist sich Armut in Amerika bei genauerer Betrachtung als Drehtür statt als Falltür. Dies gilt auch und gerade für Einwanderer der ersten Generation – jene inzwischen mehr als 30 Millionen Menschen, deren Existenz allein dafür verantwortlich ist, dass die Armutsrate nicht auf einem historischen Tiefstand liegt. Innerhalb von nur einer Generation gelingt es dem durchschnittlichen Einwandererhaushalt, Anschluss an die amerikanische Mittelschicht zu finden. Ein Beispiel: Im Jahr 2001 lag das Durch-

schnittseinkommen von Familien, deren Haushaltsvorstand in den siebziger Jahren eingewandert war, um nicht mehr als sechs Prozent unter dem amerikanischen Durchschnitt.

An anderen Stereotypen ist noch weniger dran – so etwa an der von dem ehemaligen deutschen Wirtschaftsminister Werner Müller vorgetragene Behauptung, die Arbeitslosigkeit in Amerika sei nur dank der großen Gefängnispopulation dort um so viel niedriger als in Deutschland. Nun kann es diesen Effekt natürlich tatsächlich geben; nach einer empirischen

Untersuchung zweier renommierter amerikanischer Arbeitsmarktökonominnen hat er denn auch tatsächlich zwischen 1985 und 1998 zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen – allerdings nur um 0,17 Prozentpunkte. Vor

allem aber: Auf Dauer wird das massenweise Wegsperrn von Kriminellen, wie es in den USA in den zurückliegenden 25 Jahren zu beobachten war, die Arbeitslosigkeit nicht senken, sondern im Zweifel erhöhen. Denn fast alle Inhaftierten werden irgendwann wieder entlassen; sie haben es dann schwer auf dem Arbeitsmarkt – oder zumindest doch schwerer als vor der Haft.

Ähnlich steht es um den lange Zeit beliebten Vorwurf, in Amerika entstünden vorrangig Billigjobs für Hamburgerbrater. Das ist empirisch schlicht nicht richtig: In den neunziger Jahren zum Beispiel entstanden fast 60 Prozent der neuen Jobs in jenem Drittel des Arbeitsmarkts, in dem im Durchschnitt die höchsten Gehälter gezahlt werden. Oder nehmen wir die Behauptung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, wonach in Amerika „die Arbeitnehmer drei bis vier Jobs brauchen, um sich zu ernähren“. Tatsache ist:

- In den USA hat nicht etwa jeder vierte oder jeder dritte Arbeitnehmer mehr als einen Job – sondern nur jeder 20. Der Anteil der Mehrfachbeschäftigten lag im November 2005 bei 5,3 Prozent – und damit auf einem der niedrigsten Stände im vergangenen Vierteljahrhundert.
- Der ausgewiesene Anteil der Mehrfachbeschäftigten in Deutschland ist zwar nur etwa halb so hoch wie in den USA. Allerdings ist hierzulande auch die Schattenwirtschaft relativ zur offiziell gemessenen Wirtschaftsleistung einschlägigen Schätzungen zufolge fast doppelt so groß wie in den USA. Zu vermuten ist daher, dass Mehrfachbeschäftigung in Deutschland in Wirklichkeit ähnlich verbreitet ist wie in den USA.
- Amerikas Mehrfachjobber sind überdurchschnittlich qualifiziert: Unter Akademikern mit Master-Abschluss oder Promotion haben mehr als neun Prozent mehr als einen Job, unter Schulabbrechern dagegen nur gut drei Prozent. Der typische Mehrfachjobber in Amerika ist Lehrer, Professor, Wirtschaftsprüfer oder Psychologe – und eben nicht Hamburgerbrater.
- Dass viele Mehrfachjobber nicht der drohende Hunger zur Vielararbeit treibt, darauf deuten auch Umfragen hin. Nur 28 Prozent der Erwerbstätigen, die mehr als einen Job haben, sagen von sich, sie hätten aus finanziellen Gründen keine andere Wahl. Das bedeutet: Gerade einmal 1,5 Prozent der Erwerbstätigen treibt die Not in die Mehrfachbeschäftigung.

Und die armen Schlucker, von denen Michael Sommer spricht? Es gibt sie natürlich tatsächlich. Im Jahr 2003 hatten 0,34 Prozent der Beschäftigten in den USA drei Jobs, 0,06 Prozent hatten vier. Das bedeutet freilich auch: Herrn Sommers Aussage trifft auf viele Beschäftigte nicht zu – um genau zu sein, auf 99,6 Prozent der amerikanischen Arbeitnehmer.

Der typische Mehrfachjobber ist Lehrer, Professor oder Wirtschaftsprüfer.